

Große Anfrage

der Abgeordneten Müntefering, Ewen, Dr. Linde, Antretter, Berschkeit, Börnsen, Dr. Diederich (Berlin), Fischer (Osthofen), Frau Dr. Hartenstein, Kolbow, Dr. Kübler, Frau Dr. Lepsius, Frau Dr. Martiny-Glotz, Meininghaus, Möhring, Müller (Schweinfurt), Neumann (Stelle), Schlatter, Schreiber (Solingen), Frau Steinhauer, Stiegler, Dr. Struck, Thüsing, Tietjen, Weinhofer, Dr. Feldmann, Dr. Haussmann, Funke, Frau Noth, Gattermann, Merker, Dr. Riemer, Bredehorn, Schmidt (Kempten), Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktionen der SPD und FDP

Fremdenverkehr

Fremdenverkehr ist ein wichtiger Wirtschaftsbereich, der der Freizeit und Urlaubsgestaltung vieler Menschen dient.

Ein ausreichendes Angebot an bedarfsgerechten Fremdenverkehrseinrichtungen für alle Gruppen der Bevölkerung zählt zu den Zielen unserer Politik. Fremdenverkehr hat aber auch große wirtschaftliche Bedeutung; er bietet vielen Bürgern unseres Landes Arbeit und Auskommen und ist für zahlreiche Unternehmen – insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe in strukturschwachen, aber landschaftlich reizvollen Regionen und Inseln – Existenzgrundlage.

In der gegenwärtigen Phase weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten und schrumpfender privater Kaufkraft ist der Wunsch der Bürger ungebrochen, ihren Urlaub mit ihrer Familie, mit Freunden oder allein sinnvoll gestalten zu können. Deshalb bleibt es wichtig, angemessene und preisgünstige Angebote in der Bundesrepublik Deutschland oder im Ausland zur Verfügung zu haben. Gleichzeitig gewinnt der Fremdenverkehr für das Hotel- und Gaststättengewerbe und für viele direkt und indirekt betroffene Branchen angesichts der Konjunktur- und Strukturschwächen anderer Wirtschaftszweige an Gewicht und erweist sich als stabilisierender Faktor unserer Wirtschaft. Der Fremdenverkehr bietet sichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Das soll so bleiben. Unter Anknüpfung an den Tourismusbericht der Bundesregierung von 1975 und an das von der Bundesregierung vertretene tourismuspolitische Schwerpunktprogramm der vergangenen Jahre fragen wir die Bundesregierung:

*I. Bedeutung des Fremdenverkehrs für die Menschen
unseres Landes*

- 1.1 Wie beurteilt die Bundesregierung generell die Entwicklung von Urlaub und Tourismus als wichtige Freizeitformen in den vergangenen Jahren und für die Zukunft?
- 1.2 Wie viele Bundesbürger unternehmen jährlich eine oder mehrere Urlaubsreisen, wie hoch sind ihre Ausgaben für den Urlaub, ist bekannt, wie viele Bürger keine Urlaubsreise machen und aus welchen Gründen, und kann gesagt werden, um welche Bevölkerungsgruppen es sich dabei handelt?
- 1.3 Wie beurteilt die Bundesregierung jüngste Veröffentlichungen, wonach im letzten Jahr rund ein Viertel der erwachsenen Bundesbürger keinen Urlaub gehabt hat, sondern durcharbeitete, – eine deutlich größere Zahl als in den Jahren zuvor?
- 1.4 Wie viele Familien mit Kindern, wie viele junge Menschen, wie viele Rentner und wie viele Behinderte machen Urlaubsreisen; welche besonderen Angebote bestehen in qualitativer und quantitativer Hinsicht für diese Gruppen, ist die Information über entsprechende Urlaubsangebote ausreichend, und wo sieht die Bundesregierung Verbesserungsmöglichkeiten?
- 1.5 Was geschieht in der Bundesrepublik Deutschland, um möglichst vielen Familien mit Kindern einen gemeinsamen Jahresurlaub zu ermöglichen, welche Bedeutung haben dabei die gemeinnützigen Familienferienstätten, und welche Bedeutung haben Ferien auf dem Bauernhof?
- 1.6 Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, in welchem Umfang und ab welchem Alter junge Menschen ihren Urlaub unabhängig von ihren Eltern erleben und welche besonderen Möglichkeiten der Urlaubsgestaltung sie suchen?
- 1.7 In welchem Umfang tragen nach Meinung der Bundesregierung Schüler- und Jugendaustausch dazu bei, die Kontakte insbesondere zwischen den jungen Generationen zu intensivieren und dauernde Freundschaften und Bekanntschaften aufzubauen?
- 1.8 Was geschieht, um den behinderten Mitbürgern die aktive Teilnahme am Urlaub zu ermöglichen?
- 1.9 Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Campingwesen als Freizeitform im allgemeinen und insbesondere für Familienferien bei, und reicht die Zahl der Campingplätze in der Bundesrepublik Deutschland aus, gemessen am feststellbaren Bedarf?

II. Fremdenverkehr als wirtschaftspolitischer Faktor

- 2.1 Wie hoch ist der Anteil des Fremdenverkehrs am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland absolut und prozentual, und wie hoch ist der Anteil des Fremdenverkehrs am Bruttoinlandsprodukt der einzelnen Bundesländer?
- 2.2 Wie entwickelte sich das Defizit in der Reiseverkehrsbilanz in den vergangenen Jahren, und welche Möglichkeiten sieht die

Bundesregierung, dieses Defizit auf ein erträgliches Maß zu reduzieren?

- 2.3 Wie beurteilt die Bundesregierung Qualität und Quantität der deutschen Fremdenverkehrseinrichtungen und wie deren Fähigkeit, mehr Urlauber als bisher aufzunehmen?
- 2.4 Ist gesichert, daß Regionen, für die der Fremdenverkehr eine wesentliche Einnahmequelle ist, weiterhin bei Sicherung, Modernisierung und Ausbau dieses Erwerbszweiges gefördert werden, z. B. durch die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur?
- 2.5 Welche Vor- und Nachteile für die betroffenen Länder verbinden sich nach Meinung der Bundesregierung mit dem Urlaub in Entwicklungsländern?

III. Auslandswerbung für Deutschlandurlaub

- 3.1 Wie hoch war der finanzielle Einsatz des Bundes für die Auslandswerbung durch die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) im Vergleich von 1970 und 1980, wie haben sich in dieser Zeit die Deviseneinnahmen entwickelt, die unser Land durch ausländische Besucher erzielte, wie hoch war in derselben Zeit der finanzielle Beitrag der deutschen Fremdenverkehrswirtschaft für Auslandswerbung, als Beitrag zur DZT-Arbeit, in der Zusammenarbeit mit der DZT und als eigenständige Auslandswerbung, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Leistungsbeitrag der Fremdenverkehrswirtschaft?
- 3.2 Ist die DZT 1982/83 so ausgestattet, daß sie ihrer Aufgabe gerecht werden kann, im Ausland Interesse für Deutschlandurlaub zu wecken, bei Veranstaltern gezielt zu werben und potentielle Interessenten individuell und erfolversprechend zu beraten und so zum Abbau des Reiseverkehrsbilanz-Defizits beizutragen?
- 3.3 Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, in den folgenden Jahren durch verstärktes Engagement zusätzliche ausländische Besucher für den Deutschlandurlaub zu gewinnen, und was will sie in diesem Sinne tun?
- 3.4 Wie beurteilt die Bundesregierung die Zusammenarbeit der DZT mit den Anbietern von Fremdenverkehrsleistungen und den privaten und öffentlichen Organisationen des inländischen Fremdenverkehrs?

IV. Beschäftigung im Fremdenverkehr

- 4.1 Wie hoch ist die Zahl der Bundesbürger, die ganz oder teilweise Arbeit und Auskommen im Bereich Fremdenverkehr finden, wie hoch ist dabei der Anteil der ausländischen Erwerbstätigen, als Selbständige und als Arbeitnehmer, und wie haben sich diese Zahlen in den letzten zehn Jahren entwickelt?
- 4.2 Welche Verdienstmöglichkeiten gibt es im Fremdenverkehrsgewerbe, wie sind die Arbeitsbedingungen allgemein, und

welches sind die Gründe für die hohe Fluktuation im Hotel- und Gaststättengewerbe?

- 4.3 Hat die Regelung des Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetzes, die Vorversicherungszeit für Saisonarbeiter auf acht Monate festzusetzen, bisher zu erkennbaren Konsequenzen im Bereich der Fremdenverkehrs-Saisonbetriebe geführt?
- 4.4 Wie ist der Stand der Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe, und in welchem Verhältnis steht die Zahl der Auszubildenden zu den tatsächlich den Beruf längere Zeit ausübenden Menschen?
- 4.5 Wie und mit welchem Ergebnis unterstützt der Bund die Fortbildung von Fremdenverkehrsfachleuten, ist das Angebot ausreichend, und ist es abgestimmt mit den einschlägigen Initiativen der Länder und der Fremdenverkehrswirtschaft?
- 4.6 Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sich das Beschäftigungsproblem im Hotel- und Gaststättengewerbe ohne die zusätzliche Hilfe ausländischer (Nicht-EG) Arbeitnehmer bzw. Saisonarbeiter zufriedenstellend lösen läßt?
- 4.7 Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, durch eine Entzerrung der Ferienzeitregelungen im Inland und in Europa die betrieblichen Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen günstig zu beeinflussen?

V. Fremdenverkehr und Gastronomie

- 5.1 Wieviel Hotel- und Gaststättenbetriebe gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, wie hat sich ihre Ertragslage in den letzten zehn Jahren entwickelt, und kann die Bundesregierung die Betriebe nach Größenklassen darstellen?
- 5.2 Sind der Bundesregierung gravierende Änderungen im Nachfrageverhalten der Gäste bekannt; wenn ja, inwiefern hat sich das Hotel- und Gaststättengewerbe dieser Nachfrageänderung bisher angepaßt, inwieweit entspricht das Angebot des Hotel- und Gaststättengewerbes auch den Ferienbedürfnissen von Familien, und was kann getan werden, um feststellbare Defizite abzubauen?
- 5.3 Wie erklärt sich die übermäßig hohe Fluktuation im Gaststättengewerbe, was kann nach Meinung der Bundesregierung getan werden, diesen Mißstand zu reduzieren, der volkswirtschaftlich schädlich ist, das Ansehen der Branche belastet, die Infrastruktur der betroffenen Fremdenverkehrsgemeinden erheblich stört, darüber hinaus für die öffentlichen Hände Mindereinnahmen bedeutet, und könnten Befähigungsnachweis oder eine frühzeitige, realistische Unterrichtung potentieller Pächter über die Risiken der Branche hilfreich sein?
- 5.4 Welche wirtschaftlichen Auswirkungen sieht die Bundesregierung für den Gastronomiebereich durch eine zunehmende „Schwarzgastronomie“, wie hoch schätzt sie die dadurch entstehenden Steuerausfälle, und wie kann die „Schwarzgastronomie“ eingedämmt werden?

VI. Fremdenverkehrswirtschaft und Verbraucherschutz

- 6.1 Hat sich das Reisevertragsgesetz bewährt oder zeichnen sich Regelungslücken ab?
- 6.2 Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des DRV, mit einer Lizenzierung von Reisebüros und -veranstaltern unsoliden Unternehmen dieser Branche die Wirkungsmöglichkeiten zu nehmen und so auch den Verbraucher besser vor Schäden zu schützen?
- 6.3 Könnte im Hotel- und Gaststättenbereich ein Befähigungsnachweis ein wirkungsvolles Mittel zum Zweck des Verbraucherschutzes sein?
- 6.4 Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die jüngere Entwicklung auf dem Schwarzmarkt für Flugscheine in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa, hält sie ihre Kontrollen für ausreichend, ist sie bereit, gegen Fluggesellschaften, die wiederholt gegen die Tarifvereinbarungen verstoßen, letztlich auch mit Landeverboten vorzugehen; wie hoch schätzt die Bundesregierung die finanziellen Vorteile der Urlaubs- und der Geschäftsreisenden durch Billigflugangebote, und wie beurteilt sie eine rigorose Bekämpfung des Billigflugmarktes in der Auswirkung auf die Reiseintensität der Urlauber?

VII. Die aktuellen Sorgen der deutschen Kurorte und Heilbäder

- 7.1 Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtige Gesamtsituation im Kur- und Bäderwesen, welche langfristigen Perspektiven zeichnen sich ihrer Auffassung nach ab, und welche Gründe sieht sie für den seit Mitte 1981 festzustellenden Rückgang der Kuranträge und der Kuren?
- 7.2 Wie verteilten sich bisher Kurgäste der Sozialversicherungsträger und der Kriegsopferversorgung auf Kliniken und auf private Kurheime, und was kann nach Meinung der Bundesregierung getan werden, den Rückgang an Kuren nicht einseitig zu Lasten der privaten Kurheime verlaufen zu lassen?
- 7.3 Was muß nach Meinung der Bundesregierung geschehen, damit die Zurückhaltung vieler Arbeitnehmer abgebaut wird, auch in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit ihr gesundheitspolitisch vernünftiges Recht auf Kuren im Rahmen der gegebenen Gesetze zu nutzen?
- 7.4 Hat die Bundesregierung Erkenntnisse, wieweit sich Kurgäste bisher an den Kosten der freien Badekuren beteiligten, und sieht sie Bereitschaft, diesen Anteil auszuweiten?
- 7.5 Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß von seiten der Ärzteschaft die Möglichkeiten der Kur- und Bädertherapie stärker genutzt werden könnten?
- 7.6 Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß Kurorte und Heilbäder mindestens teilweise durch stärkere Öffnung für den Fremdenverkehr, z.B. durch gezielte Angebote für den

gesundheitsfördernden und für Familienurlaub, die gegenwärtigen Rückgänge bei den Kuren auffangen könnten?

- 7.7 Unterstützt die Bundesregierung die Forderung, den Gemeinden – insbesondere den Kurorten – mit einem Genehmigungsvorbehalt ein Instrument an die Hand zu geben, mit dem unerwünschte Umwandlungen bisher gewerblich genutzter Ferienwohnungen und -häuser zu Zweitwohnungen verhindert werden können?

VIII. Fremdenverkehr – Umwelt und Verkehr

- 8.1 Sieht die Bundesregierung Gefahren, daß durch bestehende oder neue Fremdenverkehrseinrichtungen erhebliche oder gar irreparable Schäden an Natur und Landschaft entstehen, die zusätzlich gesetzliche oder andere Maßnahmen erfordern, und wie sollen ökologisch noch intakte Naturlandschaften und Erholungsgebiete vor Zerstörung geschützt werden?
- 8.2 In welcher Weise sind bisher Belastungsgrenzen für Fremdenverkehrsregionen ermittelt, und wie sind sie bei den Entscheidungen vor Ort beachtet worden?
- 8.3 Welche Auswirkungen auf die Raumordnungsstruktur und auf die Umwelt hat das starke Anwachsen der Parahotellerie sowie der nur zeitweilig bewohnten Zweit- und Drittwohn-sitze in den Kur- und Hauptfremdenverkehrsgebieten einschließlich der Inseln, und sieht die Bundesregierung einen Regelungsbedarf?
- 8.4 Was bringt der noch anstehende Ausbau insbesondere über-regionaler Straßen für Vorteile für die betroffenen Fremdenverkehrsregionen und was für Nachteile für die Erholungs-landschaften, und wie kann dieser Zielkonflikt entschärft werden?
- 8.5 Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen der Urlauberfreundlichkeit der deutschen Fremdenverkehrsregionen einschließlich der Kurorte und deren verkehrlicher Erschließung, wie werden diese Erkenntnisse bei der Verkehrspolitik des Bundes berücksichtigt, und in welcher Weise wurde bei Fahrplanausdünnungen und der Verkraf-tung der Deutschen Bundesbahn bisher Rücksicht genommen auf die Verkehrsbedürfnisse der betroffenen Fremdenver-kehrsregionen einschließlich der Kurorte?
- 8.6 Hat die Bundesregierung Erkenntnisse – wenn ja, welche – über den Zusammenhang zwischen dem Ausbau von Nahver-kehrsnetzen und -systemen und der Entwicklung des Nah-erholungs- und Wochenendtourismus in den jeweiligen Ge-bieten, und welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in Kur- und Fremden-verkehrsorten?

IX. Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden in der Fremdenverkehrspolitik

- 9.1 Inwieweit ist das tourismuspolitische Programm der Bundes-regierung aus dem Jahre 1975 mit den jeweiligen Fremden-

verkehrsentwicklungsplänen und -förderungsprogrammen der einzelnen Bundesländer abgestimmt und koordiniert worden, was ist insbesondere geschehen, um bundesweit die für den Fremdenverkehr geeigneten Gebiete in Landes- und Regionalentwicklungsplänen rechtsverbindlich festzuschreiben, und inwiefern kann die Bundesregierung hier ein Mitentscheidungsrecht geltend machen?

9.2 Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, das Zusammenwirken der verschiedenen politischen Ebenen im Sinne der Urlauber, der Fremdenverkehrswirtschaft und der Werbung im Ausland zu intensivieren, und welche Maßnahmen scheinen dafür geeignet?

9.3 Ist eine Fortschreibung des tourismuspolitischen Programms der Bundesregierung vorgesehen?

Bonn, den 23. Juni 1982

Müntefering
Ewen
Dr. Linde
Antretter
Berschkeit
Börnsen
Dr. Diederich (Berlin)
Fischer (Osthofen)
Frau Dr. Hartenstein
Kolbow
Dr. Kübler
Frau Dr. Lepsius
Frau Dr. Martiny-Glotz
Meininghaus
Möhring
Müller (Schweinfurt)
Neumann (Stelle)
Schlatter
Schreiber (Solingen)
Frau Steinhauer
Stiegler
Dr. Struck
Thüsing
Tietjen
Weinhofer
Wehner und Fraktion

Dr. Feldmann
Dr. Haussmann
Funke
Frau Noth
Gattermann
Merker
Dr. Riemer
Bredehorn
Schmidt (Kempten)
Wolfgramm (Göttingen)
Mischnick und Fraktion

